

Betrachtung der Regierung Hermann Müller vom 29.06.1928 bis 27.03.1930



Hermann Müller

Die Geburtsstunden der Weimarer Republik werden oft als turbulent beschrieben und gleichzeitig als endgültiger Auslöser für das Ende der jungen Demokratie charakterisiert. Doch was war der tatsächliche Grund des Untergangs. Aus heutiger Sicht sind nicht nur die Anfänge der Republik zu betrachten, sondern vor allem die Geschehnisse während dieses „Modellversuches“ einer Demokratie.

Auffällig ist, dass in der Weimarer Republik häufig gewählt wurde und das nicht etwa, weil die Regierungsperioden so kurz bestimmt wurden, sondern weil es oft Unstimmigkeiten innerhalb der Parteien, die eine Regierung bildeten, gab. Diese unsicheren politischen Verhältnisse spiegeln den Werdegang der Republik wieder, der maßgeblich von einem langen Abstieg am Anfang, einer Stabilisierung und dem beiseitspiellosen Untergang in den 1930er Jahren.

Beispielhaft steht hierfür die Regierungsarbeit der großen Koalition aus SPD, BVP, DDP, DVP und Zentrum mit dem Vorsitz von Hermann Müller als Reichskanzler. Schon die Koalitionsbildung stellte ein großes Problem dar, da beispielsweise die BVP eine „Weimarer Koalition“ konsequent ablehnte, war letztendlich nur eine große Koalition, die alle Parteien von SPD bis DVP beinhaltete, möglich. Doch auch nach diesem Kompromiss blieben einige Probleme ungelöst.

So war zum einen die Stellung der Sozialdemokraten stark geschwächt. Sinnbildhaft hierfür steht die Abstimmung zum Bau des Panzerkreuzers A. Die SPD sprach sich oft dagegen aus einem solchen Beschluss zuzustimmen. Im Wahlkampf hatte sie schließlich mit Parolen wie *„Kinderspeisung statt Panzerkreuzer“* geworben, um die Koalition jedoch vor einem verfrühten Ende zu bewahren stimmten die Regierungsmitglieder des Kabinetts dem Bau zu. Im Gegenzug wurden sie allerdings im Reichstag von den Fraktionsmitgliedern „gezwungen“ getreu der Parteilinie gegen das Projekt zu stimmen. Dennoch wurde der Bau bewilligt und nun das Feuer auf die SPD freigegeben. Besonders die KPD nutzte alle Gelegenheiten die SPD zu schwächen. Das zwanghafte Streben nach dem Erhalt der Koalition bot für die linksradikalen Parteien eine große Angriffsfläche. So zögerte man nicht lange die Sozialdemokraten als *„Sozialfaschisten“*, die ihre Arbeiter und Bürger ausbeuten, zu bezeichnen.

Auch die Radikalisierung in Richtung „rechter Flügel“ machte der Koalition zu schaffen. Sowohl Zentrum als auch DDP, die sich oft für eine Demokratie aussprachen tendierten immer mehr zu den konservativen Meinungsbildern. Des Weiteren sorgte der Young- Plan für großen Widerstand aus den konservativen Blöcken. Nachdem der Dawes Plan angesichts der wirtschaftlichen Lage nicht mehr tragbar war, drängte die Regierung auf eine Neubestimmung der Reparationszahlungen. Dieses Mal sollte aber vor allem die Höhe der Endsumme und der Zeitrahmen geklärt werden. Eine Expertenrunde in Paris unter dem Vorsitz von Owen D. Young beschloss dem gleichnamigen Plan für die Reparationszahlungen. So sollten bis zu Jahr 1928 insgesamt 36 Mrd. Reichsmark betragen. Innerhalb der ersten zehn Jahre waren Zahlungen von 2 Mrd. Reichsmark pro Jahr veranschlagt. Diese Summe sollte dann steigen und nach 37 Jahren wieder abfallen. Die NSDAP sowie DNVP schlossen sich nun erstmals zusammen, um den Unmut über dieses Dokument auszudrücken. Man verfasste Hetzartikel gegen diese Maßnahmen und propagierte gleichzeitig das Parteiprogramm der rechten Organisationen. Auch ein Volksbegehren wurde veranlasst, was jedoch scheiterte.

Doch neben dem Problem der SPD innerhalb der Opposition waren vor allem die Differenzen der SPD mit der DVP allgegenwärtig. Große Teile der DVP fühlten sich der Großwirtschaft verpflichtet. Allein der Koaliti-

onsbeitritt war nur durch das gute zureden Stresemanns möglich. Nach dessen Tod verschärften sich die Streitigkeiten abermals und die DVP forderte nun zunehmend mehr Vorteile für die Großindustrie, sowie Kürzungen der Sozialleistungen.

Daran zerbrach letzten Endes auch die große Koalition um Hermann Müller. Als man im Dezember 1929 den Beitragssatz der Arbeitslosenversicherung um 0,5% auf 3,5% erhöhte, war dies schon mit erheblichen Streitgesprächen einhergegangen. Doch die Arbeitslosenzahlen stiegen vor allem in den Jahren von ca. 1,89 Mio. auf 3,07 Mio. Arbeitslose die sich in Deutschland aufhielten. Als nun die DVP Kürzungen im Sozialbereich durchsetzen wollten, um die Staatskassen zu entlasten, reagierte die SPD stur und forderte sogar erneute Erhöhungen des Sozialversicherungsbeitrages. Die DVP forderte innere Sanierungen wie straffe Verwaltung und Kürzung der Arbeitslosenbeiträge. Auch Vermittlungen unter dem Vorsitz des Zentrumspolitikers Heinrich Brüning scheiterten. Als die SPD Fraktion den Kompromiss ablehnte, zu dem Heinrich Müller geraten hatte, reichte dieser in der Nacht des 27. März 1930 den Antrag auf die Auflösung des Kabinetts ein. Hindenburg bewilligte diesen und ernannte kurz darauf Heinrich Brüning zum Reichskanzler.